

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 11. April 1967

Blatt 936

Neue Straßen in neuen Wohnhausanlagen und Siedlungen

=====

11. April (RK) Wir berichteten gestern über die großen Straßenbauvorhaben in Wien für 1967. Aber auch an zahlreichen anderen Stellen des Wiener Stadtgebietes werden Straßenbauarbeiten durchgeführt - nicht weniger umfangreich aber doch nur von örtlicher Bedeutung. Alles in allem wird jedenfalls die Straßenbautätigkeit in diesem Jahr jene des Jahres 1966 etwas überschreiten. Die Leistungsfähigkeit des Wiener Straßennetzes wird wieder beträchtlich erhöht werden, die Sicherheit des Verkehrs verbessert und nicht zuletzt auch ein Beitrag zur Lärmbekämpfung geleistet werden.

Das Lokalprogramm der städtischen Straßenbausabteilung sieht folgendermaßen aus:

Unter anderem wird der Ausbau der Ober-Laaer Straße im 10. Bezirk von der Laaer Berg-Straße bis zur Himberger Straße fortgesetzt werden. Im 23. Bezirk wird in der Perfektastraße von der Melingergasse bis zur Lemböckgasse eine neue Asphaltfahrbahn hergestellt.

In zahlreichen Straßen werden auch heuer wieder Pappichbeläge und Oberflächenbehandlungen hergestellt. Damit wird nicht nur eine bessere Befahrbarkeit der Fahrbahnen erreicht werden, sondern auch ein wesentlicher Beitrag zur Lärmbekämpfung geleistet.

Zahlreiche größere Straßenbauten werden im Bereiche städtischer und privater Wohnhausanlagen durchgeführt. Im 6. Bezirk wird der Ausbau der Magdalenenstraße, von der Linken Wienzeile bis zur Corneliusgasse, zum Abschluß gebracht. Im 10. Bezirk werden in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost Straßenbau-

./.

arbeiten im großen Umfang durchgeführt.

Im 19. Bezirk werden die Straßenbauarbeiten in der städtischen Wohnhausanlage Krottenbachstraße gegenüber O.Nr. 95 abgeschlossen.

Im 21. Bezirk werden vor allem im Bereiche der Großfeldsiedlung sehr umfangreiche Straßenbauten durchgeführt. Im Bereich der Wohnhausanlage Autokaderstraße werden die Straßenbauarbeiten zum Abschluß kommen. Ebenso werden die Justgasse und die Ruthnergasse fertiggestellt werden. Im Gebiet um den Ringelsplatz werden die Straßenbauarbeiten bei den dortigen Neubauten (Schulen, Hallenbad, Wohnhausanlagen) fortgeführt werden. Im 22. Bezirk werden im Bereich der Eipeldauer Straße die Straßenbauten abgeschlossen. Im 23. Bezirk werden die Aufschließungsarbeiten im Gebiete Mangasse-Dirmhirngasse fortgesetzt, bei den Wohnhausanlagen in der Marktgemeindegasse, Hörflergasse - Lustanstraße, Erlaaser Straße und Dasler Gasse werden die Straßenbauarbeiten abgeschlossen.

An neuen Baumaßnahmen sind vorgesehen:

Im 3. Bezirk wird zwischen dem Fickerplatz und der Erdbergstraße ein Verbindungsweg mit Stiegenanlage hergestellt werden. Im

9. Bezirk werden im Bereich der "Assanierung Lichtental" Asphaltbeläge auf den Fahrbahnen hergestellt. Im 10. Bezirk werden vorbereitende Arbeiten für den Ausbau der Raxstraße von der Laxenburger Straße bis zur Favoritenstraße durchgeführt. Im 11. Bezirk werden insbesondere Aufschließungsarbeiten bei der Wohnhausanlage Weißenböckstraße - Lindenaugasse in Angriff genommen.

Im 16. Bezirk werden die Straßen bei der Wohnhausanlage Baumeistergasse - Sonnenthalgasse - Rotardstraße ausgebaut werden. Im 20. Bezirk wird die "Gasse 1" von der Lorenz Müller-Gasse bis zur Dietmayrgasse neu hergestellt. Im 22. Bezirk werden Aufschließungsarbeiten unter anderem bei den künftigen Wohnhausanlagen Lenkgasse - Magrainer Straße - Sebaldgasse - Riedweg - Quadenstraße - Ziegelhofstraße durchgeführt.

An zahlreichen anderen Stellen werden insbesondere auch bei genossenschaftlichen Wohnhausbauten Straßenbauarbeiten durchgeführt.

So wie in den vergangenen Jahren werden auch 1967 die

Straßenbauarbeiten in Siedlungen fortgesetzt. Es werden dabei rund 70.000 Quadratmeter bisher unbefestigter Fahrbahnen ausgebaut und einen staubfreien Belag erhalten, darüber hinaus werden weitere 150.000 Quadratmeter bestehender Fahrbahnen in den Siedlungen eine bituminöse Oberflächenbehandlung erhalten.

- - -

Ein grüner Ruheplatz beim Reservoir Johnstraße
=====

11. April (RK) Im Kampf um die Erhaltung und Erweiterung des innerstädtischen Grüns hat Lenzing wieder einen kleinen Erfolg errungen. In einem der dichtest bebauten Gebiete des 14. Bezirkes, dem Viertel um den Meiselmarkt, wird ein neuer Grünstreifen mit Ruhebänken geschaffen.

Auf Betreiben von Bezirksvorsteher Franz Lehner wurde ein Teil des Areals, das den Schmelzer Wasserbehälter Ecke Hütteldorfer Straße - Johnstraße umgibt, dafür zur Verfügung gestellt. Durch verschiedene Maßnahmen hat man es möglich gemacht, das Einfriedungsgitter um das Wasserreservoir um sieben Meter zurückzurücken. Die dadurch gewonnene Fläche, die von einer Reihe stattlicher Bäume beschattet ist, wird nun als öffentliche Grünanlage gärtnerisch ausgestaltet und mit Ruhebänken versehen.

- - -

Hofrattstitel für den Leiter des Wiener Gesundheitsamtes
=====

11. April (RK) Dem Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Wien, Oberstadtphysikus Dr. Ferdinand Dirschmid wurde vom Bundespräsidenten der Titel "Hofrat" verliehen. Bürgermeister Bruno Marek überreichte heute vormittag in Anwesenheit der Stadträte Hans Bock und Dr. Otto Glück sowie des Magistratsdirektors Dr. Rudolf Ertl das Ernennungsdekret und würdigte die ärztlichen und menschlichen Qualitäten Dr. Dirschmids. Im besonderen wies er darauf hin, daß der Geehrte sich um die Reorganisation der Tuberkulosenfürsorge, die Errichtung von Gesunden-Untersuchungsstellen und die so überaus erfolgreiche Kinderlähmungs-Schutzimpfung und andere prophylaktische Maßnahmen hervorragende Verdienste erworben hat.

Hofrat Dr. Dirschmid sagte in seinen Dankesworten, daß diese Ehrung fast auf den Tag genau mit seinem 40-Jahres-Jubiläum als Doktor der Medizin zusammenfalle. Er sei glücklich, daß er in diesen 40 Jahren stets im ärztlichen Beruf wirken und vielen Menschen helfen konnte.

- - -

Autobusse 64 und 64 A
=====

11. April (RK) Die Wiener Verkehrsbetriebe teilen mit, daß nach Beendigung der Bauarbeiten auf der stadtauswärts führenden **Fahrbahnseite** der Altmannsdorfer Straße ab morgen Mittwoch, die Autobusse der Linien 64 und 64 A in der stadtauswärts führenden Richtung wieder auf der normalen Fahrstrecke verkehren. Die Haltestellen Altmannsdorfer Straße Nr. 20-22 vor Edelsinnstraße und Altmannsdorfer Straße Nr. 38 nach Breitenfurter Straße werden wieder errichtet.

- - -

Personalmeldungen

=====

11. April (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den neuen Leiter der Magistratsabteilung 69 (Grundtransaktionen), Obermagistratsrat Dr. Karl Zielasko, in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen. Der ärztliche Abteilungsvorstand Dozent Dr. Hans Haschek wurde in die Dienstklasse VII befördert. Stadtbaurat Dipl.-Ing. Karl Plachy (Magistratsabteilung 24) wurde zum Oberstadtbaurat und die Amtsräte Dr. Gustav Mikulasch (Magistratsabteilung 11), Ferdinand Nichterl (Magistratsabteilung 6) und Ernst Perko (Stadtbaudirektion) wurden zu Oberamtsräten befördert.

- - -

Budapester Finanzreferent studiert Wiener "Elektronengehirne"

=====

11. April (RK) Gestern traf der Budapester Vizebürgermeister und Finanzreferent István Kömives an der Spitze einer kleinen Delegation von Fachleuten in Wien ein, um hier elektronische Datenverarbeitungsanlagen zu studieren.

Bürgermeister Bruno Marek empfing im Beisein von Vizebürgermeister Felix Slavik die ungarischen Gäste heute vormittag in seinen Arbeitsräumen. Die ungarischen Kommunalpolitiker beabsichtigten heute die elektronische Rechenanlage im Wiener Rathaus. Auf dem weiteren Programm stehen die Computer der Wiener Gaswerke, der Wiener Städtischen Versicherung und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

- - -

Beispiel für Belgrad: Wiens Gasversorgung
=====Wiener Stadtgas ab morgen wieder weniger giftig!

11. April (RK) Zu einem Informationsbesuch ins Wiener Gaswerk Leopoldau kam Belgrads Handelskammerpräsident Kudja. Die jugoslawische Metropole mit ihren 1,1 Millionen Einwohnern will nämlich demnächst das Gas als Energiequelle "entdecken". Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, führte den Gast aus dem Nachbarland und seine Begleitung durch das Werk, wobei sie auf eine auch für die Wiener sicher nicht uninteressante Neuerung hinwies: morgen, also am 12. April, wird in Leopoldau mit der Inbetriebnahme einer neuen Konvertierungsanlage die Entgiftung des Wasserdampf-Spaltgases abgeschlossen werden! Im nächsten Jahr, wenn auch die Luftgasspaltanlagen mit dieser Einrichtung versehen sind, wird aus Leopoldau nur mehr "giftfreies" Gas ins Wiener Versorgungsnetz strömen.

Daß sich die Belgrader gerade Wien als Vorbild aussuchen, liegt nicht nur in den gutnachbarlichen Beziehungen der beiden Länder, sondern vor allem in der Tatsache begründet, daß die Wiener Gaswerke Vorbildliches leisten. So ist zum Beispiel das Wiener Stadtgas schon seit jeher weit ungiftiger als vergleichsweise in Deutschland: während bei uns früher Stadtgas mit nur 9 bis 10 Prozent Kohlenmonoxyd je Kubikmeter abgegeben wurde, sind es in anderen Ländern noch immer bis zu 20 Prozent. In den letzten Jahren wurde das "Gift" im Wiener Gas sogar bis auf 3 Prozent vermindert - eine Zahl, die in der Statistik die Gasselbstmorde auf "Selbstmordversuche" umwandeln ließ. Und ab morgen wird Leopoldauer Gas noch ein bißchen "ungiftiger" sein!

Neben den modernen Konvertierungsanlagen war es besonders das rund 2.500 Kilometer lange Wiener Gas-Rohrnetz, das den jugoslawischen Gästen imponierte. In Belgrad verwendet man

./.

gegenwärtig, wenn überhaupt, nur Gas aus Flaschen - eine etwas mühsame Versorgung, die die geringe Verbreitung dieser Energie verständlich erscheinen läßt. Das soll in Hinkunft auch anders werden: ein ~~ganzer~~ neuer Stadtteil mit mehr als 300.000 Einwohnern wird nach Wiener Muster mit Stadtgas versorgt, wenn erst einmal auf einem nur 50 Kilometer von Belgrad entfernten Tagbau-Kohlenrevier ein Gaswerk "a la Leopoldau" entstanden ist. Bis dahin bleibt den Jugoslawen freilich noch der traditionelle Brennstoff für den häuslichen Herd, nämlich Holz und Kohle...

- - -

Freisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

11. April (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Weißkraut 2 S je Kilogramm, Karfiol 5 bis 7 S, Hauptelsalat 2.50 bis 3.50 S je Stück.

Obst: Apfel 5 bis 7 S, Bananen 8 S, Birnen 6 bis 7 S je Kilogramm.

- - -

Stadtsenat informierte den Bundeskanzler über Wiener Probleme
=====

11. April (RK) Auf Einladung von Bürgermeister Bruno Marek nahm Bundeskanzler Dr. Josef Klaus heute nachmittag an einer Sitzung des Wiener Stadtsenates teil, um sich über Probleme der Bundeshauptstadt informieren zu lassen. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte, die unter Mitwirkung der Bundesregierung einer Lösung zugeführt werden müssen, wurde dem Bundeskanzler überreicht. Dieses an die Österreichische Bundesregierung gerichtete Memorandum hat folgenden Inhalt:

"Hochwasserschutz"

Die Gespräche zwischen den Dienststellen der Stadt Wien und den Dienststellen des Bundes bezüglich der Schaffung eines absoluten Hochwasserschutzes für Wien werden bereits seit Jahren geführt. Auf Grund dieser Gespräche hat der Magistrat der Stadt Wien ein Projekt ausgearbeitet, das von der Kommission des Ingenieur- und Architektenvereines begutachtet wurde. Dieses Projekt wurde seinerzeit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau übermittelt. Anlässlich einer am 1. Dezember 1966 abgehaltenen Besprechung zwischen dem Herrn Bundesminister und dem Bürgermeister der Stadt Wien wurden ergänzende Erläuterungen gegeben. Bundesminister Dr. Kotzina hat dem Bürgermeister zugesagt, die österreichische Bundesregierung über das Projekt zu informieren und das Ergebnis der Beratungen in der Bundesregierung dem Bürgermeister mitzuteilen. Der absolute Hochwasserschutz auf der rechten und linken Donaukante ist für Wien ein vordringliches Problem, das in möglichst kurzer Zeit gelöst werden muß. Die Stadt Wien hat sich schon vor längerer Zeit bereit erklärt, mit dem Bund die Verhandlungen über alle materiellen Fragen zu führen. Die Verwaltung der Stadt Wien macht erneut auf die Dringlichkeit dieses Projektes aufmerksam; angesichts der besonderen Bedeutung dieses Projektes ist sie verpflichtet, darauf zu drängen, daß die konkreten Verhandlungen in kürzester Zeit aufgenommen und abgeschlossen werden.

./.

Reinhaltung der Gewässer

Im Zusammenhang mit dem absoluten Hochwasserschutz muß auf die Notwendigkeit der Errichtung von Kläranlagen an der Donau besonders verwiesen werden. Die Errichtung dieser Kläranlagen erweist sich als unbedingt notwendig, damit die Republik Österreich ihren internationalen Verpflichtungen bezüglich der Reinhaltung der Gewässer nachkommen kann. Die Wiener Stadtverwaltung darf daher erwarten, daß die gesetzlich möglichen Förderungsmaßnahmen des Bundes bald sichergestellt werden.

III. Wiener Wasserleitung

Im Zusammenhang mit der Errichtung der III. Wiener Wasserleitung ist es notwendig, eine Schongebietsverordnung gemäß § 34 Wasserrechtsgesetz 1959 zu erwirken. Ein solcher Antrag wurde im Jahre 1962 dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft überreicht. Die Wiener Stadtverwaltung ersucht, diesen wichtigen Antrag bald einer positiven Erledigung zuzuführen.

Autobahn und Bundesstraßen

Obwohl durch die letzte Novelle zum Bundesstraßengesetz ein verhältnismäßig kleiner Teil der Wünsche der Wiener Stadtverwaltung erfüllt wurde, wird die Stadt Wien nach wie vor bei der Errichtung von Autobahnen und Bundesstraßen sehr benachteiligt. Der größte Teil der dem Durchzugsverkehr dienenden Straßen auf Wiener Gebiet wurde bisher im Bundesstraßengesetz nicht berücksichtigt. Die Wiener Stadtverwaltung fühlt sich verpflichtet, darauf zu drängen, daß diese Benachteiligung Wiens möglichst bald beseitigt wird und weitere Straßenzüge zu Autobahnen und Bundesstraßen erklärt werden.

Die Stadt Wien ist weiters an dem raschen Ausbau der bereits zu Autobahnen und Bundesstraßen erklärten Straßenzüge sehr interessiert. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung gebeten, schon im Hinblick auf die Ansiedlung internationaler Organisationen am linken Donauufer den Bau der 4. Donaubrücke raschest in Angriff zu nehmen. Weiters muß in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Sanierung der schienengleichen Kreuzungen auf dem Wiener Stadtgebiet hingewiesen werden. ./.

Dies gilt vordringlichst für die Sanierung der schienengleichen Kreuzungen in der Altmannsdorfer Straße, die eine der wichtigsten Ausfallsstraßen in das südliche Bundesgebiet darstellt. Es darf an dieser Stelle noch darauf hingewiesen werden, daß auch eine Regelung über einen Beitrag des Bundes zu den Beleuchtungskosten auf Bundesstraßen (Errichtung und Erhaltung) zu treffen wäre.

U-Bahn

Nach jahrelangen gründlichen Untersuchungen und Berechnungen hat die Wiener Stadtverwaltung ein U-Bahn-Projekt für Wien ausgearbeitet und der österreichischen Bundesregierung vorgelegt. Die Errichtung von Untergrundbahnen in den Hauptstädten wird in allen Ländern der Welt vom Staat unterstützt und gefördert. Auf Grund eines Gesprächs, das der Herr Bundeskanzler mit dem Bürgermeister der Stadt Wien geführt hat, darf angenommen werden, daß sich die österreichische Bundesregierung dieser Verpflichtung nicht entziehen wird und die Stadt Wien möglichst bald zu konkreten Verhandlungen einlädt, um die Beteiligung des Bundes an diesem großen Bauwerk festzulegen.

Schnellbahn

Die Wiener Schnellbahn hat sich außerordentlich bewährt; sie wurde von der Wiener Bevölkerung mit großer Befriedigung aufgenommen. Für das Vollwirksamwerden der Wiener Schnellbahn ist es aber dringend notwendig, die drei Schnellbahnstationen Matzleinsdorfer Platz, Rennweg und Brünner Straße in kürzester Zeit fertigzustellen. Um dem Bund die Fertigstellung dieser drei Stationen zu ermöglichen, hat sich die Stadt Wien bereit erklärt, die Vorfinanzierung, die schon bei der Errichtung der Schnellbahn zum beschleunigten Bau wesentlich beigetragen hat, auch für die Errichtung dieser drei Stationsgebäude fortzusetzen. Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. techn. Weiß hat diese Erklärung der Stadt Wien mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Leider konnte bis jetzt kein konkretes Ergebnis erzielt werden. Die Wiener Stadtverwaltung richtet daher an

./.

den Herrn Bundeskanzler und an die österreichische Bundesregierung das dringende Ersuchen, das Anbot der Stadt Wien anzunehmen und den Ausbau der drei so dringend notwendigen Stationen zu ermöglichen.

Flughafen Wien

Nach den bisher bekanntgewordenen Flugplänen wurde Wien für die neuen Großraumflugzeuge als Landungsplatz nicht berücksichtigt. Die Wiener Stadtverwaltung ist der Meinung, daß alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden müßten, um für diese Großraumflugzeuge in Wien Landemöglichkeiten zu erhalten. Weiters müssen die Bemühungen verstärkt werden, um die Fluggesellschaften zu veranlassen, den Flughafen Wien auch mit ihren neuen Großraumflugzeugen anzufliiegen. Dies würde es nach Auffassung der Wiener Stadtverwaltung noch mehr als bisher erfordern, daß im Wiener Flughafen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, die ein Überfliegen der Stadt weitestgehend ausschalten, führt doch der immer dichter werdende Flugverkehr dazu, daß durch das Überfliegen des Wiener Stadtgebietes die Bevölkerung durch die Lärmentwicklung stark in Mitleidenschaft gezogen wird, wobei auch die Gefahren, die damit verbunden sind, nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Donau-Oder-Kanal

Die Wiener Stadtverwaltung richtet an die österreichische Bundesregierung das **dringende** Ersuchen, bei internationalen Verhandlungen bezüglich des Baues des Donau-Oder-Kanals die Interessen der Stadt Wien wirksam zu vertreten. Es wäre der Wunsch der Stadt Wien, daß der Donau-Oder-Kanal dem bisherigen teilweisen Ausbau entsprechend bei Wien in die Donau einmündet.

Grundangelegenheiten

Zwischen den Dienststellen der Wiener Stadtverwaltung und den Dienststellen der Bundesverwaltung sind seit längerer Zeit, zum Teil schon seit vielen Jahren, Grundtransaktionen **in** Verhandlung. Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Grundtransaktionen für den Bund und für die Stadt Wien richtet die Wiener Stadtverwaltung an die Bundesregierung das **dringende** Ersuchen, den baldigen Abschluß der diesbezüglichen Verhandlungen zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang darf auch auf die zahlreichen, oft sehr großen Bundesgründe im Wiener Stadtgebiet hingewiesen werden. In der Öffentlichkeit erregt es großes Ärgernis, daß diese Gründe nicht verwertet werden, wozu noch kommt, daß sie sich nicht in einem entsprechenden Zustand befinden. Die Stadtverwaltung richtet daher an die Bundesregierung das Ersuchen, möglichst bald über die Verwertung dieser Bundesgründe Entscheidungen herbeizuführen.

Nordbahnhof

Die Wiener Stadtverwaltung ist bemüht, das Nordbahnhofgelände auf Grund seiner günstigen Lage städtebaulich richtig zu verwenden. Sie würde es daher begrüßen, wenn der Kohlenumschlag vom Nordbahnhof auf ein anderes Gelände verlegt werden könnte.

Wohnbau

Um die Jahrhundertwende wurden in Wien fast eine halbe Million Wohnungen gebaut, die den heutigen Anforderungen keinesfalls mehr entsprechen. Trotz einer intensiven Wohnbautätigkeit der Stadt Wien konnte dieses Erbe aus der Vergangenheit noch nicht voll beseitigt werden. Noch immer herrscht in Wien ein starker qualitativer Wohnungsmangel. Die Wiener Stadtverwaltung darf erwarten, daß auf diesen Umstand und auf die Steuerleistung der Wiener Bevölkerung bei der Neuzuteilung der Wohnbaumittel ab 1. Jänner 1968 gebührend Rücksicht genommen wird.

Erdgas

Die Wiener Stadtverwaltung richtet an die Bundesregierung das Ersuchen, bei der Errichtung von Pipelines für Erdöl und Erdgas das große wirtschaftliche Interesse der Stadt Wien entsprechend zu berücksichtigen. Insbesondere wäre darauf **Bedacht zu nehmen**, daß kein Teil Österreichs Haushalte und Gewerbe in so großem Maße mit Gas versorgt, wodurch eine kontinuierliche Abgabe in annähernd gleichen Mengen unmöglich und eine Speicherung notwendig ist. Die Vielzahl der Abnehmer bedingt aber auch wesentlich höhere Verteilungskosten. Diese Tatsachen sollten in einer zu schaffenden Dachgesellschaft Berücksichtigung finden.

Die Versorgung der Wiener Wirtschaft und Bevölkerung mit diesen wichtigen Energieträgern Erdöl und Erdgas ist eine Voraussetzung für die weitere Entwicklung und ist für die Sicherung der Existenz der im Raume Wien lebenden Bevölkerung schlechthin unentbehrlich.

Allgemein bildende höhere Lehranstalten

Die Wiener Stadtverwaltung bemüht sich seit Jahren, die städtischen Schulgebäude zu modernisieren. Sie hat dabei nicht allein Schulgebäude neu errichtet, sondern sich auch bemüht, die alten Schulgebäude zu renovieren. Schon aus diesem Grunde ist es sehr zu bedauern, daß es in Wien eine große Anzahl von Gebäuden für allgemein bildende höhere Lehranstalten gibt, die sich im Vergleich zu den Wiener Schulgebäuden in einem schlechten Zustand befinden. Deshalb wird die Bundesregierung gebeten, der Modernisierung der Wiener Gebäude für allgemein bildende höhere Lehranstalten ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Landesstudio Wien

Der Wiener Landtag hat einen einstimmigen Beschluß gefaßt, für Wien ein eigenes Landesstudio des Österreichischen Rundfunks zu fordern. Alle Bemühungen der Wiener Stadtverwaltung um die Errichtung eines Landesstudios Wien waren bisher erfolglos. Die Wiener Stadtverwaltung richtet daher an die österreichische Bundesregierung das dringende Verlangen, so wie in anderen Bundesländern auch in Wien die Errichtung eines eigenen Landesstudios für Wien zu ermöglichen und damit dem einstimmigen Beschluß des Wiener Landtages zu entsprechen.

Förderung der Wiener Festwochen und des Theaters an der Wien

Die Bundesregierung wird gebeten, der besonderen kulturellen Bedeutung der Abhaltung von Festwochen in der Bundeshauptstadt Wien durch einen ständigen Beitrag des Bundes Rechnung zu tragen. Die Wiener Stadtverwaltung ist der Ansicht, daß Wien nicht schlechter gestellt werden dürfe als andere Festspielstädte.

Ebenso ersucht die Wiener Stadtverwaltung auch das Theater an der Wien in den Kreis der geförderten Gemeinde- und Landesbühnen einzubeziehen und auch für dieses Theater eine ähnliche Förderung vorzusehen, wie sie den übrigen Bühnen der Länder und Gemeinden in Österreich gewährt wird."

Teilnehmer an Swiss Air-Eröffnungsflug im Rathaus
=====

11. April (RK) Anlässlich des Eröffnungsfluges der direkten Linie Basel-Zürich-Wien der Swiss Air gab die Stadt Wien heute einen Empfang für die Teilnehmer an diesem Erstlingsflug, vor allem Schweizer Journalisten, Radio- und Fernsehleute. Im Namen des Bürgermeisters begrüßte Vizebürgermeister Felix Slavik die Schweizer Gäste im Wiener Rathaus und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß diese direkte Flugverbindung geschaffen wurde.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 11. April
=====

11. April (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren Inland 6369, Jugoslawien 100, Bulgarien 300, Rumänien 150, DDR 359, Gesamtauftrieb 7278, verkauft wurde alles.

Preise: Extrem 16.40 bis 17 S, 1. Qualität 15.80 bis 16.30 S, 2. Qualität 14.80 bis 15.70 S, 3. Qualität 14 bis 14.70 S, Zuchten extrem 13 bis 14 S, Zuchten 12 bis 12.80 S, Altschneider 10.50 bis 12.50 S. Ausländische Schweine: Jugoslawien 14.10 bis 16 S, Bulgarien 13.70 bis 15.80 S, Rumänien 14.50 bis 15.50 S, DDR 14 bis 15.80 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 12 Groschen je Kilogramm und beträgt 15.02 S, für bulgarische Schweine ermäßigte er sich um 45 Groschen und beträgt 14.46 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 54 Groschen und beträgt 15.15 S, für jugoslawische Schweine ermäßigte er sich um 27 Groschen und beträgt 14.59 S, für rumänische Schweine ermäßigte er sich um 17 Groschen und beträgt 14.90 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 44 Groschen und beträgt 14.82 S je Kilogramm. Außermarktbezüge in der Zeit vom 7. bis 11. April (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1298 Stück.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 11. April
=====

11. April (RK) Aufgetrieben wurden 35 Stück, hievon ein Esel und fünf Fohlen. Als Schlachttiere wurden 31 Stück verkauft, unverkauft blieben vier Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 24, Oberösterreich 2, Burgenland 4, Steiermark 5.

Preise: Ein Esel (Schlachttier) 7 S, Schlachttiere Fohlen (12.50 S) 15 S, Extremware 11.30 bis 12 S, 1. Qualität 10.20 bis 11 S, 2. Qualität 9.30 bis 10 S, 3. Qualität 8 S. Auslandsschlachthof kein Auftrieb.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 33 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 10.52 S, für Schlachtfohlen 14.50 S, für Pferde und Fohlen 11.18 S.

- - -